



Gemeinde Grävenwiesbach

Gemeindevertretung

Grävenwiesbach, 25.11.2020

NIEDERSCHRIFT

der 34. Sitzung der Gemeindevertretung
am Dienstag, 24.11.2020, 19:30 Uhr bis 21:25 Uhr
im DGH großer Saal, Weilerweg 1, 61279 Grävenwiesbach des Dorfgemeinschaftshauses Hundstadt

Anwesenheiten

Vorsitz:

Book, Winfried (CDU)

Anwesend:

Becker, Friedhelm (FWG)
Bierwirtz, Bernd (FWG)
Dr. Braun, Karsten (FWG)
Bube, Dietrich (CDU)
Dierker, Elisabeth (GRÜNE)
Fangmann, Laurenz (UB)
Haas, Sybille (GRÜNE)
Klimt, Karin (UB)
Lauth, Barbara (FWG)
Lehr, Alexander (FWG)
Pauls, Achim (CDU)
Radu, Alexander (FWG)
Seifarth, Michael (UB)
Solz, Kurt (FWG)
Stahl, Tobias (CDU)
Stöckmann, Tobias (CDU)
Tillig, Rudolf (SPD)
Tramnitz, Christian (GRÜNE)
Wade, David (SPD)

Entschuldigt fehlten:

Grünwald, Markus (CDU)
Heyden von der, Eike (SPD)
Matthe, Antje (UB)

Vom Gemeindevorstand waren anwesend:

Seel, Roland
Radu, Heinz (FWG)
Dierker, Axel (GRÜNE)
Lohnstein, Dietmar (FWG)
Ott, Frank (UB)
Stöckmann, Lothar (CDU)
Struhler, Walter (CDU)

Vom Gemeindevorstand entschuldigt fehlten:

Friedrich, Armin (FWG)

Schirrmann, Gudrun (SPD)

Von der Verwaltung waren anwesend:

Bullmann, Heiko

Gäste:

Monika Schwarz-Cromm (TZ),

Andreas Romahn (UA),

Hansjörg Scheidler,

Claudia Lanzke-Vieth.

Sitzungsverlauf

Vorsitzender der Gemeindevertretung Winfried Book eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung um 19:39 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist.

GV Dr. Braun teilt mit, dass der Antrag zum Teil A-TOP 1 gestern Abend erst eingegangen ist und dies ist nicht fristgerecht erfolgt. Daher kann er dem Antrag nicht beraten.

Vors. Book teilt mit, dass nach seiner Auffassung das Protokoll mit diesem Anhang zur Kenntnis genommen werden soll und hier keine separate Beschlussfassung von ihm vorgesehen ist.

Anschließend sprechen die GV Tramnitz, Solz, Stahl und Tillig.

Vors. Book fragt an, ob Bedenken gegen den Anhang bestehen, wenn dieser der Niederschrift angefügt wird. Dies ist nicht der Fall.

GV Klimt beantragt die Verschiebung vom Teil B-TOP 1 in den Teil C.

öffentlicher Sitzungsteil

Teil A - Einwände gegen Niederschriften, Mitteilungen und Anfragen

1. Einwände gegen die Niederschrift von der 31. Sitzung am 30.06.2020

Seitens der Fraktion Bündnis90/DieGrünen liegt eine entsprechende Begründung vor. Diese wurde gestern Abend, digital unter dem TOP ins SD-NET eingestellt.

Sie lautet:

1. Handelt es sich um eine Erweiterung im Sinne einer erhöhten Durchsatzmenge oder verschieben sich nur die Mengen innerhalb der bereits genehmigten Fraktionen?

Von den bereits genehmigten Fraktionen wird derzeit ausschließlich Grünschnitt in Anspruch genommen. Die Größenordnung ist ca. 15-16 tausend Tonnen pro Jahr. Neu ist nur Grünschnitt, nur die Menge die jetzt schon verwendet wird. Dadurch kommt es zu keinerlei zusätzlichem Verkehr (laut Auskunft RMD).

Änderung: 75% des Grünschnitts gehen in die Hygienisierung. Davon soll mehr vor Ort gelagert / hygienisiert werden. Bei externer Hygienisierung würde Mehrverkehr entstehen, weil Hin- und Herfahrten entstehen würden.

Halle 3 soll eingehaust werden und dort jährlich 8000t umgesetzt werden. Die Einhausung soll 3-4m hoch und einseitig offen sein.

Die Umsatzzeit ist immer 21 Tage und erhöht sich nicht, die Verkehrsbewegungen sind annähernd die Gleichen (zusätzlicher Verkehr entsteht nur auf dem Gelände selbst).

Es gab dazu Gespräche mit der RMD und es wurde Zustimmung signalisiert, wenn folgende Auflagen eingehalten würden:

1. Befristung der Genehmigung bis zur Inbetriebnahme des Biomassehofs Brandholz oder höchstens 9 Jahre (zuerst eintreffendes Ereignis zählt)
2. Die Oberflächenwasserentsorgung ist zu prüfen, ob sie dem Kanal zuzuführen ist.
3. Es muss sichergestellt werden, dass keine Sickerwässer in den Lindelbach oder das Wasserschutzgebiet eintreten.
4. Zur Geruchsbelästigung wird eine Überprüfung des Gutachtens gefordert, *wenn es

erneuten Beschwerden der Anwohner/Bürger kommt. (Das RP hat wohl die Anwohner direkt angeschrieben, bereits in der zweiten Runde und es gab noch keine Rückmeldung)*

5. *Der Brandschutz muss gewährleistet werden.*

6. *Maschinenbetrieb nur von 7-17 Uhr (es wurden neuere leisere Maschinen in Aussicht gestellt).*

Das muss alles seitens des Regierungspräsidiums als Auflage kommen, damit die Gemeinde zustimmt.

Halle3: Die Lagerung dort ist neu.

2. *Warum gibt es nur ein Verfahren nach BimSchG und nicht nach Baurecht wenn Halle 3 neu in Betrieb geht?*

Halle 3 steht schon und es gibt keine Nutzungsänderung. Die gesamte Fläche ist bereits für entsprechende Aufgaben vorgesehen und genehmigt.

Es gibt Pfosten und ein Dach. Die Einhausung aus Blechwänden muss noch hergestellt werden.

3. *Verlängern sich die Liegezeiten?*

Es wird keine Ausweitung in dem Sinne stattfinden was die Mengen angeht, sondern nur eine Verlagerung der Zwischenlagerung. Die Liegezeit ist 21 Tage.

4. *Wie kommt es zu der abweichenden Laufzeit von 9 Jahren anstatt 3 Jahren?*

Zur Vermeidung von LKW-Verkehr will die RMD alles an einem Standort bündeln. Dafür ist jedoch eine Erweiterung nötig.

Es gibt sonst im Kreis keine Möglichkeit Grünschnitt zu deponieren, das wird dann sonst auch eine Preisfrage.

Die Gemeinde entscheidet das nicht und das RP kann sich über die Empfehlung der Gemeinde hinwegsetzen.

Der ursprüngliche Antrag der RMD war unbefristet. In der Diskussionsrunde mit dem alten Geschäftsführer hat der GVOR die Befristung dann herein verhandelt. Wenn wir unsere Zustimmung zurückziehen würden, wäre auch die Befristung hinfällig.

5. *Wo kommt die Befristung her?*

Diese wurde von der Gemeinde ins Gespräch gebracht. Das RP kann den Antrag auf Änderungsgenehmigung nicht ohne Grund ablehnen, es muss begründet werden.

Durch die Absprache würde einerseits die Gemeinde zustimmen, andererseits die RMD die Befristung akzeptieren. Wenn wir das nicht täten bestünde die Gefahr, dass es zu einer unbefristeten Genehmigung kommt.

Die RMD ändert den Antrag mit Befristung auf 9 Jahre.

Beschluss:

Die GVER nimmt das Protokoll vom 30.06.2020 mit der Mitschrift der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu TOP 2.1 als Anhang ohne Einwände und Änderungen zur Kenntnis!

Abstimmungsergebnis:

Ja		Nein		Enthaltungen		Einstimmig		zurückgestellt	
----	--	------	--	--------------	--	------------	--	----------------	--

Ohne Abstimmung!

1.1	Einwände gegen die Niederschrift von der 33. Sitzung am 27.10.2020
------------	---

Keine Einwände.

2.	Mitteilungen
-----------	---------------------

2.1	des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
------------	--

Vors. Book teilt folgendes mit:

a.) Bis zur letzten Sitzung am 15.12.2020, liegt noch ein starkes Restprogramm vor uns, primär geprägt von den Haushaltsberatungen.

2.2	der Ausschussvorsitzenden
------------	----------------------------------

a.) HFA, Vors. Herr Stahl:

Der HFA hat nicht getagt, die nächsten Sitzungen finden am 03.12.2020 und 09.12.2020 statt.

b.) BSPA, Hr. Dr. Braun:

Der BSPA hat nicht getagt. Die Wasserstudie für die Ortsteile Grävenwiesbach und Heinzenberg wurde den Mitgliedern zugestellt und es ist beabsichtigt dazu im Januar eine Sitzung mit dem Ing.-Büro durchzuführen.

c.) ULFA, Vors. Herr Solz:

Der ULFA hat nicht getagt, die nächste Sitzung findet am 01.12.2020 statt.

d.) JSKSA, Vors. Herr Bube:

Der JSKSA hat nicht getagt, die nächste Sitzung findet am 30.11.2020 statt.

2.3	der Vertreter in den Verbänden
------------	---------------------------------------

a.) Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, Bgm. Seel:

Die Verbandskammer hat am 18.11.2020 getagt. Hier wurde u. a. der HPL 2021 eingebracht und über die üblichen Änderungen in den regionalen Flächennutzungsplänen beraten. Es gab auch erneut Anträge von Kommunen aus dem Wetteraukreis, freiwillig in den Regionalverband FrankfurtRheinMain beizutreten. Dadurch erweitert sich das Verbandsgebiet freiwillig.

b.) Abwasserverband Oberes Weiltal, Beigeo. L. Stöckmann:

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes hat am 18.11.2020 getagt. Der HPL 2021 wurde einstimmig beschlossen, die Unterlagen habe ich bereits an alle verteilt.

c.) Verkehrsverband Hochtaunus, GV Solz:

Die Verbandsversammlung des VHT hat am 19.11.2020 getagt.

U. a. wurde über den Jahresabschluss 2019 und den Wirtschaftsplan 2021 beraten. Die Vertreter erhalten noch die vorgestellten Unterlagen. Wenn diese vorliegen, werden diese an Sie weitergeleitet.

GV Tillig weist auf das Planfeststellungsverfahren hin und die Informationen auf den Homepages, VHT, RP und Gemeinde.

d.) Verbandsversammlung der ekom21/KGRZ Hessen, Hr. Bullmann:

Die Verbandsversammlung der ekom21/KGRZ sollte am 03.12.2020 tagen. Corona bedingt, wurde diese Sitzung am 11.11.2020 abgesagt. Der Finanzausschuss wird gem. § 51a HGO am 26.11.2020 tagen. Bgm. Seel: Alle TOPs der Verbandsversammlung werden im Finanzausschuss, dem ich angehöre, beraten und auch beschlossen.

2.4	des Gemeindevorstandes
------------	-------------------------------

Herr Bgm. Seel teilt mit:

- a.) Die Wasserversorgung ist prägend im aktuellen Haushalt. Die derzeitige Situation ist sehr kritisch. Durch die wenigen Niederschläge, liefern die Schürfungen sehr wenig Wasser, dem nur mit einem gesteigerten Zukauf aktuell über den Wasserverband entgegengesetzt werden kann. Daher der Appell: „Auch im Winter sparsam mit Wasser umgehen!“
- b.) Der Hochtaunuskreis hat beschlossen, die Infektionszahlen von Corona regelmäßig zu veröffentlichen, mit Stand vom 19.11.2020, mit aktuell 27 gemeldeten Fällen.
- c.) Die Deutsche Glasfaser hat uns mitgeteilt, dass diese den Glasfaserausbau im Gemeindegebiet unter FTTH vornehmen lassen wollen. Dazu gibt es nächste Woche eine Beratung im GVOR.
- d.) Bzgl. der Erweiterung von Windenergieanlagen an der Siegfriedeiche. Hier ist noch vor Weihnachten mit einem Anbieter ein erstes Gespräch im GVOR vorgesehen.

GV Tillig zu c.): Betrifft dies nur bestimmte Ortsteile?

Bgm Seel: Ja, nach aktuellen Informationen möglicher Weise nur für Hundstadt, Grävenwiesbach, Naunstadt und Laubach.

3.	Anfragen
-----------	-----------------

Vors. Book: Von der SPD-Fraktion ist eine Anfrage eingegangen und von der Fraktion Bündnis90/DieGrünen.

Bgm. Seel teilt mit, dass die Anfrage von der SPD-Fraktion zu der Pflanzung der Edelkastanien im Baugebiet „Vor dem Seifen“ vorliegt. Diese wird vom GVOR beantwortet.

Vors. Book: Von der Fraktion Bündnis90/die Grünen sind vor der Sitzung zwei Anfragen übergeben worden.

a.) Sachstand RMD

Bgm. Seel teilt zur Sachstandsanfrage der Bündnis90/DieGrünen zur RMD mit, dass der GVOR am letzten Dienstag dazu beraten hat und das Einvernehmen zu dem vorliegenden Antrag verweigerte mit einer umfassenden Begründung. Wenn das RP Darmstadt das Einvernehmen ersetzen sollte, wurden viele Punkte aufgenommen, die dann in die Genehmigung einfließen sollten. Die Ablehnung wird dem RP fristgerecht mitgeteilt.

b.) Ausgleichspflanzung Edelkastanien hinter dem Baugebiet “Vor dem Seifen“

Bgm. Seel teilt mit, dass die Anfrage inhaltlich der Anfrage der SPD-Fraktion entspricht. Diese wird ebenfalls vom GVOR beantwortet.

Teil B – Beschlussfassung ohne Aussprache
--

Teil C – Beratung und Beschlussfassung mit Aussprache
--

1.	<p>Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Jahres 2021 nebst Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> a.) Investitionsprogramm 2021 inkl. mittelfristigem Investitionsprogramm, Verpflichtungsermächtigungen und Übertragung der Haushaltsreste b.) Gesamtergebnishaushalt 2021 inkl. Teilergebnishaushalte und mittelfr. Ergebnisplanung c.) Gesamtfinanzhaushalt 2021 inkl. Teilfinanzhaushalte und mittelfr. Finanzplanung d.) Stellenplan e.) Haushaltssicherungskonzept f.) Haushaltssatzung und Budgetierungsrichtlinie g.) Anlagen zum Haushaltsplan 2021 (Vorbericht, Verbindlichkeiten, Kreditaufnahme, Rücklagen, Rückstellungen, Budgetübersicht, letzter Jahresabschluss, Finanzstatusbericht) 	<p>VL-95/2020 3. Ergänzung</p>
-----------	--	--

	hier: Vorlage des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Jahr 2021	
--	--	--

Bgm. Seel trägt seine Haushaltsrede vor.

GV Klimt.

Liegen konkrete Anfragen für Gewerbeansiedlungen vor?

Bgm. Seel: Nein, leider nicht. Aber wir haben aber auch zurzeit keine Gewerbefläche, die wir anbieten können.

GV Fangmann:

Probleme im Finanzhaushalt. Gab es da rechtl. Anpassungen, so dass der HPL genehmigungsfähig wird?

Bgm. Seel: Ja, zum Teil. Ich selbst habe aber auch ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht geführt, mit Hinweisen, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein soll, Abbaupfad für das Defizit im Finanzhaushalt etc..

Vors. Book, wünscht gute und ausgiebige Beratungen, mit der bitte, dem HFA die Beschlüsse/Empfehlungen zukommen zu lassen, so dass diese letztlich in die Beschlussfassung einfließen können.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung verweist den Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung des Haushaltes 2021 nebst Anlagen zur Beratung an

1. den Haupt- und Finanzausschuss (HFA) als federführenden Ausschuss zur Gesamtbehandlung und
2. die nachstehenden Ausschüsse insoweit, als deren Aufgabenbereich berührt ist:
 - Bau-, Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss (BSPA),
 - Jugend-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss (JSKSA),
 - Umwelt-, Land- und Forstwirtschaftsausschuss (ULFA).

Die unter 2. bezeichneten Ausschüsse haben die Beratungsergebnisse dem Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss rechtzeitig vor seiner abschließenden Haushaltsberatung (09.12.2020) zuzuleiten. Außerdem sind die Stellungnahmen der Ortsbeiräte und des Gesamtelternbeirates einzuholen; auch diese haben zur abschließenden Haushaltsberatungssitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorzuliegen. Der Haupt- und Finanzausschuss soll die Beschlussvorschläge der Ausschüsse wie auch die Stellungnahmen der Ortsbeiräte in seiner Sitzung mitberaten und der Gemeindevertretung hierüber eine abschließende Empfehlung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja		Nein		Enthaltungen		Einstimmig	X	zurückgestellt	
----	--	------	--	--------------	--	------------	---	----------------	--

2.	Forstwirtschafts- und Hauungsplan 2021	VL-89/2020 2. Ergänzung
-----------	---	------------------------------------

ULFA-Vors. Solz berichtet, dass der ULFA am 13.10.2020 dazu getagt und den vorliegenden Entwurf mit Mehrheit beschlossen hat. Der Forsthaushalt schließt leider mit einem Defizit in Höhe von 30.172 € ab.

Anschließend sprechen Bgm. Seel, die GV Haas und Klimt.

Beschluss:

Gemeindevorstand und Umwelt-, Land- und Forstwirtschaftsausschuss empfehlen der Gemeindevertretung, dem Plan in der vorliegenden geänderten Fassung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja		Nein		Enthaltungen		Einstimmig	X	zurückgestellt	
----	--	------	--	--------------	--	------------	---	----------------	--

3.	Anträge der Fraktionen
3.1	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Unterzeichnung des "Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben"

GV Tramnitz erläutert den vorliegenden Antrag für seine Fraktion, der da lautet:
Die Gemeindevertretung der Gemeinde Grävenwiesbach schließt sich dem Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben vom 10.05.2019 an und unterstützt die dort aufgeführten Inhalte (Anlage zur Beschlussvorlage). Der Vorsitzende der Gemeindevertretung oder der Bürgermeister werden darum gebeten, die Petition im Namen der Gemeinde Grävenwiesbach zu unterzeichnen.

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie
Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“
Richard von Weizsäcker

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft.
Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.
2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.
3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.
4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.
5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht- ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszu-

schließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit - auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden.

Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Erstunterzeichner*innen:

- **Agai, Prof. Dr. Bekim**
Direktor, Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG), Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- **Ahrend, Prof. Dr. Klaus-Michael**
Vorstand, HEAG Holding AG
- **Alinaghi, Dr. Yasmin**
Geschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Hessen
- **Bauz, Gerd**
Vorstand, Martin-Niemöller-Stiftung
- **Becker, Torsten**
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Beger, Florian**
Landesgeschäftsführer, Aidshilfe Hessen e.V.
- **Cakir, Prof. Dr. Naime**
Sozial- und Religionswissenschaftlerin
- **Clausen, Dr. Harald**
Vorstand, Diakonie Hessen
- **De La Rosa, Dr. Sybille**
Projektleitung, Diakonie Hessen
- **Di Benedetto, Corrado**
Stellvertretender Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Domnick, Thomas**
Ehemaliger Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.
- **Droste, Martina**
Schauspiel Frankfurt, Leiterin Junges Schauspiel
- **Dulige, Jörn**
Oberkirchenrat, Leiter des Evangelischen Büros Hessen am Sitz der Landesregierung
- **Foraci, Ulrike**
Geschäftsführerin, agah-Landesausländerbeirat
- **Fünfsinn, Prof. Dr. Helmut**
- **Gern, Dr. Wolfgang**
ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen
- **Gieseler, Stephan**
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städtetag
- **Gülegen, Enis**
Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Hafeneger, Prof. Dr. Benno**
Erziehungswissenschaftler, Philipps-Universität Marburg
- **Harnmann, Torsten**
AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V., Generalbevollmächtigter des Verbandes und seiner Gesellschaften
- **Hilligardt, Prof. Dr. Jan**
Direktor, Hessischer Landkreistag

- **Jehn, Dr. Alexander**
Direktor, Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- **Jost, Wilhelm**
Vorsitzender, AWO Hessen-Süd
- **Karabörklü, Atila**
Landesvorsitzender, Türkische Gemeinde Hessen
Bundesvorsitzender, Türkische Gemeinde in Deutschland
- **Karg, Michael**
Vorsitzender, Martin-Niemöller-Stiftung e.V.
- **Klärner, Jörg**
Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
- **Knapp, Wilfried**
Vorstand, Diakonie Hessen
- **Latasch, Prof. Dr. Leo**
Vorstandsmitglied, Jüdische Gemeinde Frankfurt
Vorstandsmitglied, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)
- **Latzel, Dr. Thorsten**
Direktor, Evangelische Akademie Frankfurt
- **Möller, Nils**
Vorstandsvorsitzender, Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V., DRK -Landesverband Hessen
- **Neumann, Daniel**
Direktor, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- **Pax, Dr. Wolfgang**
Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im lande Hessen
- **Praml, Willy**
Regisseur und Leiter des Theater Willy Praml
- **Reuß, Stefan**
Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Rudolph, Michael**
Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Schelzke, Karl-Christian**
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
- **Scherenberg, Timmo**
Geschäftsführer, Hessischer Flüchtlingsrat
- **Schmidt, Michael**
Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hessen-Nord
- **Stathopoulos, Alexandras**
Geschäftsführung Region Frankfurt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöcker-Zafari, Hiltrud**
Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöhr, Prof. Dr. Martin**
Theologe
- **Valentin, Prof. Dr. Joachim**
Direktor, Haus am Dom Frankfurt
- **Venske, Dr. Regula**
Präsidentin, PEN Deutschland
- **Viktoria, Ralf**
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Wagner, Dr. Thomas**
Studienleiter, Haus am Dom, Katholische Akademie Rabanus Maurus
- **Wallmann, Dr. Walter**
- **Witt, Sandro**
Stellvertretender Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Zimmermann-Freitag, Michael**

Danach sprechen die GV Tillig, Bube, Wade, Solz, Haas, Tillig, Bierwirtz, Wade, Bgm. Seel, Fangmann und Haas.

Vors. Book fasst die Redebeiträge zusammen und formuliert den vorliegenden Beschlussvorschlag, mit der Änderung, dass der Passus der Bürgermeister gestrichen wird und das Plädoyer nicht für die Gemeinde sondern im Namen der Gemeindevertretung zu unterschrieben wird.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Grävenwiesbach schließt sich dem Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben vom 10.05.2019 an und unterstützt die dort aufgeführten Inhalte (Anlage zum Beschlussvorschlag). Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wird darum gebeten, die Petition im Namen für die Gemeindevertretung der Gemeinde Grävenwiesbach zu unterzeichnen.

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

*„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“
Richard von Weizsäcker*

6. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft.
Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.
7. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.
8. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.
9. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.
10. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht- ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszu-

schließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit - auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden.

Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Erstunterzeichner*innen:

- **Agai, Prof. Dr. Bekim**
Direktor, Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG), Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- **Ahrend, Prof. Dr. Klaus-Michael**
Vorstand, HEAG Holding AG
- **Alinaghi, Dr. Yasmin**
Geschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Hessen
- **Bauz, Gerd**
Vorstand, Martin-Niemöller-Stiftung
- **Becker, Torsten**
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Beger, Florian**
Landesgeschäftsführer, Aidshilfe Hessen e.V.
- **Cakir, Prof. Dr. Naime**
Sozial- und Religionswissenschaftlerin
- **Clausen, Dr. Harald**
Vorstand, Diakonie Hessen
- **De La Rosa, Dr. Sybille**
Projektleitung, Diakonie Hessen
- **Di Benedetto, Corrado**
Stellvertretender Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Domnick, Thomas**
Ehemaliger Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.
- **Droste, Martina**
Schauspiel Frankfurt, Leiterin Junges Schauspiel
- **Dulige, Jörn**
Oberkirchenrat, Leiter des Evangelischen Büros Hessen am Sitz der Landesregierung
- **Foraci, Ulrike**
Geschäftsführerin, agah-Landesausländerbeirat
- **Fünfsinn, Prof. Dr. Helmut**
- **Gern, Dr. Wolfgang**
ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen
- **Gieseler, Stephan**
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städtetag
- **Gülegen, Enis**
Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Hafeneger, Prof. Dr. Benno**
Erziehungswissenschaftler, Philipps-Universität Marburg
- **Harnmann, Torsten**
AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V., Generalbevollmächtigter des Verbandes und seiner Gesellschaften
- **Hilligardt, Prof. Dr. Jan**
Direktor, Hessischer Landkreistag

- **Jehn, Dr. Alexander**
Direktor, Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- **Jost, Wilhelm**
Vorsitzender, AWO Hessen-Süd
- **Karabörklü, Atila**
Landesvorsitzender, Türkische Gemeinde Hessen
Bundesvorsitzender, Türkische Gemeinde in Deutschland
- **Karg, Michael**
Vorsitzender, Martin-Niemöller-Stiftung e.V.
- **Klärner, Jörg**
Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
- **Knapp, Wilfried**
Vorstand, Diakonie Hessen
- **Latasch, Prof. Dr. Leo**
Vorstandsmitglied, Jüdische Gemeinde Frankfurt
Vorstandsmitglied, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)
- **Latzel, Dr. Thorsten**
Direktor, Evangelische Akademie Frankfurt
- **Möller, Nils**
Vorstandsvorsitzender, Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V., DRK -Landesverband Hessen
- **Neumann, Daniel**
Direktor, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- **Pax, Dr. Wolfgang**
Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im lande Hessen
- **Praml, Willy**
Regisseur und Leiter des Theater Willy Praml
- **Reuß, Stefan**
Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Rudolph, Michael**
Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Schelzke, Karl-Christian**
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
- **Scherenberg, Timmo**
Geschäftsführer, Hessischer Flüchtlingsrat
- **Schmidt, Michael**
Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hessen-Nord
- **Stathopoulos, Alexandras**
Geschäftsführung Region Frankfurt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöcker-Zafari, Hiltrud**
Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöhr, Prof. Dr. Martin**
Theologe
- **Valentin, Prof. Dr. Joachim**
Direktor, Haus am Dom Frankfurt
- **Venske, Dr. Regula**
Präsidentin, PEN Deutschland
- **Viktoria, Ralf**
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Wagner, Dr. Thomas**
Studienleiter, Haus am Dom, Katholische Akademie Rabanus Maurus
- **Wallmann, Dr. Walter**
- **Witt, Sandro**
Stellvertretender Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Zimmermann-Freitag, Michael**

Abstimmungsergebnis:

Ja	11	Nein	2	Enthaltungen	7	Einstimmig		zurückgestellt	
----	----	------	---	--------------	---	------------	--	----------------	--

3.2 Antrag der FWG-Fraktion

Gefahrenabwehrverordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung vom 27.08.1991

GV Dr. Braun erläutert für seine Fraktion folgenden Antrag, dieser lautet:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand die Gefahrenabwehrverordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung vom 27.08.1991 zu überarbeiten und die neue Fassung der Gemeindevertretung in einer ihrer nächsten Sitzung zur Verabschiedung vorzulegen.

Bgm. Seel erläutert, dass ein Entwurf letzte Woche bereits im GVOR beraten wurde und in der nächsten GVER-Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Danach sprechen die GV Klimt, Bgm. Seel, Solz und Tramnitz.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand die Gefahrenabwehrverordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung vom 27.08.1991 zu überarbeiten und die neue Fassung der Gemeindevertretung in einer ihrer nächsten Sitzung zur Verabschiedung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja		Nein		Enthaltungen		Einstimmig	X	zurückgestellt	
----	--	------	--	--------------	--	------------	---	----------------	--

3.3 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

"Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen"

GV Haas erläutert für ihre Fraktion folgenden Antrag, dieser lautet:

Die Gemeindevertretung empfiehlt dem Gemeindevorstand die Unterzeichnung der Charta „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“.

Die Gemeinde verpflichtet sich damit, eine CO₂ – Startbilanz zu erstellen, um ihre Potentiale zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu identifizieren.

GV Stahl beantragt, dass das Thema an den HFA verwiesen wird, verbunden mit der Bitte im Vorfeld an den GVOR, hierfür Kosten zu ermitteln, ggf. so dass diese schon zu den Haushaltsberatungen vorliegen.

Danach sprechen die GV Solz, Wade, Stahl, Tramnitz, Klimt, Haas, Stahl und Tramnitz.

GV Tramnitz schlägt vor, dass man ggf. die Landesagentur in einer HFA mit integrieren kann, ggf. über eine Videoschalte.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung verweist den Antrag in den HFA.

Abstimmungsergebnis:

Ja	18	Nein		Enthaltungen	2	Einstimmig		zurückgestellt	
----	----	------	--	--------------	---	------------	--	----------------	--

Vorsitzender der Gemeindevertretung Winfried Book schließt die Sitzung der Gemeindevertretung um 21:25 Uhr und bedankt sich bei den Anwesenden für Ihre Teilnahme.

Winfried Book
(Vorsitzender der Gemeindevertretung)

Heiko Bullmann
(Schriftführer)